

"Laßt die Bürgergesellschaft wachsen!"

Plädoyer für eine Reform der Demokratie

von Hildegard Hamm-Bruecher | 24. September 1998 - 14:00 Uhr

Das Ende dieses Wahlkampfes, der die Bürger verdrießt und Abermillionen Steuergelder kostet, ist gar kein schlechter Zeitpunkt, um erneut über den Zustand unserer Demokratie nachzudenken.

Denn der Kontrast zwischen geschriebener und von den Parteien vorgelebter Verfassung wurde in den vergangenen Wochen schmerzhaft deutlich. Dieses Nachdenken über die Verfassung des Demokratiestandorts Deutschland möchte ich aus gegebenem Anlaß mit Überlegungen zu einer Wahlkampfreform beginnen. Zum Beispiel ließen sich Wahlkämpfe auf vier Wochen befristen die Ausgaben pro Kandidat könnten limitiert werden die Veröffentlichung von Umfrageergebnissen in einem Zeitraum von zehn Tagen vor der Wahl könnte zum Tabu erklärt werden. Bürger könnten ihre Vertreter für die Zeit der Ausübung ihres Mandats verpflichten, alljährlich öffentlich über ihr Stimmverhalten Rechenschaft abzulegen - und so weiter denn wer einmal anfängt, über Reformen nachzudenken, dem fällt noch vieles mehr ein. Auch könnten wir die Parteien befragen, ob unser Wahlrecht samt parteiinterner Nominierung und unabänderlicher Reihung der Kandidaten auf den Listen - ohne jede Chance des Wählers, sie zu korrigieren - nicht eine Ursache für die wachsende Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten sei.

Es gibt allerdings über den Wahlkampf hinaus weitaus mehr Stoff zum Nachdenken über Zustand und Verfassung des demokratischen Gemeinwesens. Da ist zuerst - und vor allem! - die Frage nach der Funktionstüchtigkeit und Belastbarkeit unserer um hundert Jahre verspätet eingeführten repräsentativen Demokratie. Sie tut sich heute, nach beinahe fünfzig vergleichsweise fetten Jahren, ausgesprochen schwer, auf Neues zu reagieren. Sie kann die gewohnten Segnungen des Sozialstaates nicht mehr garantieren und verliert darüber hinaus auch noch im Zuge der Globalisierung Kompetenzen und Handlungsfähigkeiten. Das sind keine abstrakten Fragen. Die Bürger selbst spüren sie, instinktiv oder am eigenen Leibe.

Schon müssen wir lesen, daß Politikverdrossenheit in Demokratieverdrossenheit umschlage für den Satz "Mit der Demokratie können wir die Probleme lösen, die wir in der Bundesrepublik haben" ging Umfragen zufolge die Zustimmung seit 1992 im Westen von 75 auf 56 Prozent zurück, im Osten gar von 52 auf 30 Prozent.

Damit will ich kein Szenario des Untergangs der Demokratie beschwören. Wohl aber plädiere ich dafür, die sich offenbar verschlechternde Verfassung unserer Demokratie nicht länger zu ignorieren, zu bagatellisieren oder als Produkt populistischer Politikerschelte abzutun.

Zum 40. Geburtstag des Grundgesetzes hatte Richard von Weizsäcker gesagt: "Ja, wir haben eine gute Verfassung. Sind wir aber auch in guter Verfassung?" - nur leider wurde diese Frage in dem seither verstrichenen Jahrzehnt von den Verantwortlichen nicht aufgegriffen, ja es wurde sogar die Chance versäumt, den Vereinigungsprozeß für eine Verjüngungskur der Demokratie zu nutzen. Nun, die nächste Chance bietet sich jetzt: Zum 50.

Geburtstag des Grundgesetzes im Mai 1999 könnten wir uns in neuer Weise auf die Verfassung einlassen, Fehlentwicklungen und Defizite erkennen und über Reformen nachdenken.

Könnten? Werden!

Just das ist es nämlich, was wir, die Initiatoren der für 1999 geplanten Woche der Bürgergesellschaft, uns vorgenommen haben - bundesweit, landauf, landab, in den Tagen zwischen dem 8. Mai (dem Tag der Annahme des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat) und dem 23. Mai (dem Tag des Inkrafttretens vor fünfzig Jahren). Zu den ersten Trägern dieser Aktion zählen die Theodor Heuss Stiftung, die Stiftung Mitarbeit, die Aktion Gemeinsinn und das Forum Bürgerbewegung. Die zentralen Veranstaltungen werden in Berlin stattfinden, um zu bekunden, daß unsere Hauptstadt nicht nur Regierungssitz, sondern auch Zentrum einer Bürgerdemokratie werden soll.

Die Deutschen und die Demokratie, das ist eine Beziehung, die es schon immer schwer hatte und die auch heute wieder nur durch viel Engagement erneuert werden kann. Die Schwierigkeit beginnt ja schon damit, daß wir Deutschen uns nie eine dauerhafte Demokratie erkämpft haben diese Erfahrung fehlt uns ganz einfach. Zwei demokratische Staatsversuche sind gescheitert, nämlich in den Jahren 1849 und 1933.

Zwar enthielt die liberale Weimarer Verfassung umfassende bürgerrechtliche Garantien, auch hatte sie die zuvor geforderte konstitutionelle Gewaltenteilung und bahnbrechende Grundrechte postuliert, zum Beispiel die "grundsätzliche" staatsbürgerliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Zuerkennung ihres aktiven und passiven Wahlrechts. Alle Errungenschaften aber fruchteten wenig vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und sozialen Krisen letztlich war ausschlaggebend, daß es dem "Weimarer System" - ziemlich von Anbeginn - an der Verankerung unter den Bürgern und nun auch den Bürgerinnen fehlte. Weimar scheiterte am antidemokratischen Denken des Bürgertums. Die große Mehrheit der Deutschen erlag den Verheißungen des Faschismus.

Die zarten Sprosse eines zaghaft gewachsenen zivilgesellschaftlichen Engagements wurden nach Hitlers Machtergreifung in kürzester Frist zertreten.

Und die meisten Deutschen folgten gehorsam und begeistert ihrem Diktator - bis zum eigenen und zum europäischen Untergang. Deshalb fiel uns der demokratische Neuanfang nach 1945 so schwer.

Nach der Gründung der Bundesrepublik folgte eine Epoche des materiellen Aufbaus - doch mit folgenreichen Fehlern: keine vertiefte Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, Amnestie der Täter, Vernachlässigung der Opfer.

Dennoch, immerhin, wuchs die Zustimmung zur Demokratie. Es folgte 1968 die Zeit der Studentenunruhen, des Nachholens der versäumten Reformen und der Entspannungspolitik, die gegen Ende der achtziger Jahre reiche Früchte trugen. Bereits ab Mitte der achtziger Jahre erlebten wir dann in den Bürgerrechtsbewegungen der mittel- und osteuropäischen Staaten und der DDR, was Bürgerengagement bewirken kann.

Die Verfassung unserer Demokratie ist prekär. Das Ende des Kalten Krieges und die Wiedervereinigung Deutschlands wären nun eine Chance gewesen, neue demokratie- und verfassungspolitische Konsequenzen ziehen. Das ist leider versäumt worden, und so blieb der Vereinigungsprozeß verfassungspolitisch unvollendet. Die Versäumnisse wirken sich auf das deutsch-deutsche Klima aus. Im Osten wird "Protest" gewählt, hier befinden sich auch die Zentren rechtsradikaler Gewalt. Die Initiatoren der Woche der Bürgergesellschaft bekommen im Osten folgende Vorbehalte zu hören: Fünfzig Jahre Grundgesetz, was gibt es denn da für uns zu feiern, wo wir doch keine Gelegenheit hatten, dieses Grundgesetz auch zu unserer Verfassung zu machen?

Und weshalb sollen wir uns angesichts der Arbeitslosigkeit und der sozialen Nöte bürgergesellschaftlich engagieren, wenn wir daran doch nichts ändern können? Das sind Vorbehalte, die sehr ernst genommen werden müssen. Überdies: Mag die Demokratie im Osten ihre spezifischen Probleme haben - prekär ist ihre Lage im ganzen Land.

Wenn man bedenkt, daß weniger als vier Prozent unserer Wahlbevölkerung Mitglieder von politischen Parteien und von diesen bestenfalls ein Viertel innerparteilich aktiv sind, dann sind das schon beunruhigend wenig Bürger.

Und was ist das für eine repräsentative Demokratie, die nur von einer hauchdünnen Parteienoligarchie bestimmt wird?

Etwa sechsmal so viele Bürger engagieren sich außerhalb der Parteien. Das wären dann immerhin über zwanzig Prozent aller Bürger. Dennoch, die Diskrepanz zwischen aktiven und - aus welchen Gründen auch immer - passiven Bürgern ist eklatant und für die Legitimation eines von Bürgern getragenen demokratischen Gemeinwesens keinesfalls befriedigend.

Wie aber ließe sich das politische Fundament des Gemeinwesens festigen?

Es gibt vielfältige Ansätze, der Verdrossenheits- und Zuschauerdemokratie, der oligarchischen Nur-Parteien-Demokratie entgegenzuwirken. Drei seien hier genannt. Erstens: Die Bürgergesellschaft. Obzwar ihr Wirken im etablierten Staats- und Parteiengefüge nicht immer geliebt, gelegentlich gefürchtet, nur selten dankbar anerkannt wird, ist sie sichtlich im Kommen und trägt in vielen Bereichen bereits

zur Vitalisierung unserer Demokratie bei. Bürger gründen Initiativen mit sozialen, ökologischen, kommunalen, kulturellen Zielen, ohne darum gebeten zu werden - "Nichtregierungsorganisationen" im eigenen Land, jenseits von Parteien, Verbänden und Gewerkschaften.

Freilich hat diese sich ausbreitende und vernetzende Bürgergesellschaft im Gefüge unserer Verfassungswirklichkeit neben den Parteien und Institutionen noch keinen definierten Standort gefunden. Doch mit ihr kann unsere Verfassung als Alltagsdemokratie wieder lebendig werden - lebendiger als mit noch so gutgemeinter Staatsbürgerkunde oder mit Festtagsverkündigungen von oben.

Diese demokratische Bürgergesellschaft birgt ein enormes Reformpotential.

Ehrenamtliches Bürgerengagement ist nämlich durch und durch konstruktiv. Es verharret, auf welchem Felde, in welcher Lücke oder Nische auch immer es stattfindet, nicht im Protest es ist ein eine Quelle sachkundiger Innovationen, das Talente für Organisation, Konzeption und Aktion weckt. Es vermag an sozialen Brennpunkten erste und neuartige Hilfe zu leisten, läßt Solidarität in neuen Formen für alle Beteiligten erfahrbar werden. Die wichtigste Wirkung ist aber diese: gemeinsames Engagement schafft Zusammenhalt, und Zusammenhalt begründet demokratische Identität.

Aktive Bürger fordern mehr partizipatorische Rechte Zweitens: Es wächst die Einsicht, daß Bürgerengagement der finanziellen Unterstützung - des seed-moneys, wie es die Amerikaner nennen - durch gemeinnützige Stiftungen und Stifter bedarf. Die einen stiften freie Zeit, also soziales Kapital, die anderen wiederum stiften Geld gemeinnützige Stiftungen sind es, die - eine geeignete Steuergesetzgebung vorausgesetzt - auf neue Herausforderungen flexibel, undogmatisch und unbürokratisch reagieren und vom Staat vernachlässigte oder gar nicht erst geleistete Aufgaben zumindest anfinanzieren können. Sie sind es, die weitere wohlhabende Mitbürger zum Stiften anstiften und ihnen die Genugtuung verschaffen können, Nützliches zu bewirken.

Drittens: Es entsteht so etwas wie eine gemeinsame politische Tendenz des bürgergesellschaftlichen Engagements, auch wenn sie noch nicht klar und deutlich zutage tritt. Sicher ist jedenfalls, daß die meisten Gruppen ihre sozialen oder politischen Projekte heute keinesfalls mehr nur als Reparaturwerkstätten für staatliche Versäumnisse verstehen, sondern als Antriebskräfte für und Teilhaber von demokratischer Erneuerung.

Unter ihnen fordert eine wachsende Zahl mehr partizipatorische Rechte wie die Stärkung des Petitionsrechtes, Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide. Andere plädieren für die Einrichtung von institutionalisierten runden Tischen mit Verwaltungen, Parlamentariern und gewählten Abgesandten aus Bürgerinitiativen und Organisationen.

Gemeinsam ist allen die Überzeugung, daß die Überwindung des Formtiefs nicht nur unserer, sondern fast aller westlichen Demokratien, keineswegs von politischen Parteien,

Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen allein geleistet werden kann. Nein, nicht nur die Institutionen sind gefordert, sondern vor allem Bürgerinnen und Bürger, die mit Rat und Tat für unsere demokratische Ordnung - nun eben: bürgen wollen.

Das 20. Jahrhundert hat uns Westdeutschen vier, den Ostdeutschen fünf Staats- und Gesellschaftsformen, zwei Weltkriege und zahlreiche Katastrophen beschert. Zu guter Letzt hat es uns die Wiedervereinigung und eine allen Deutschen gemeinsame Demokratie geschenkt, die aber nach all diesen Um- und Abbrüchen wieder und immer wieder unserer bürgergesellschaftlichen Beglaubigung und politischen Fürsorge bedarf.

Wie also sollten wir den 50. Jahrestag unseres Grundgesetzes feiern?

Ganz praktisch: durch Reformen von unten. Dadurch, daß der Bürger sich nicht nur für die Demokratie ausspricht, sondern daß er sie praktiziert. Und damit er das nicht nur am Wahlsonntag, sondern auch im Alltag tun kann, sind neue Formen zu finden.

Die Reformwerkstatt setzt die Diskussion über die Demokratie fort Die praktizierende Liberale Eine Reformerin aus Bayern, unermüdlich im Einsatz für die Bürgerfreiheiten Hildegard Hamm-Brücher ist die große Dame der liberalen Politik. Geboren 1921, studierte sie nach dem Abitur 1939 an der Münchner Universität Chemie.

Dort gehörte sie zum weiteren Widerstandskreis um die Weiße Rose der Geschwister Scholl. Sie promovierte 1945 bei dem Nobelpreisträger Heinrich Wieland nach dem Krieg arbeitete sie unter anderem als Wissenschaftsjournalistin bei der Neuen Zeitung in München.

Als sie 1946 Theodor Heuss interviewte, ermunterte der liberale Staatsmann die junge Journalistin, in die Politik zu gehen. Thomas Dehler, der bayerische FDP-Chef und spätere Bundesjustizminister, überzeugte sie zwei Jahre später, bei den Landtagswahlen für die Liberalen zu kandidieren. Sie wurde von den Münchnern gewählt - und war mit ihren 27 Jahren die jüngste Stadträtin der US-Besatzungszone. Zwei Jahre später kandidierte sie mit Erfolg für den Bayerischen Landtag. Hildegard Hamm-Brücher setzte sich für eine Liberalisierung des bayerischen Schulsystems ein und löste 1964 den Sturz des Kultusministers aus. 1967 wurde sie Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium zwei Jahre später Staatssekretärin im Bonner Bildungsministerium.

In jener Zeit gehörte sie zu den wenigen herausragenden Politikern, die das Engagement der Studenten- und Schülerbewegung für eine Demokratisierung des Bildungswesens ernst nahmen. 1976 errang sie einen Sitz im Bundestag und wurde Staatsministerin im Auswärtigen Amt. 1994 war sie die FDP-Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten. Sie führt heute den Vorsitz der Theodor-Heuss-Stiftung.

Die "Woche der Bürgergesellschaft" finden Sie im Internet unter www.buergergesellschaft.de. Postadresse: c/o Stiftung Mitarbeit, Bornhelmer Straße 37, 53111 Bonn. Für ihr neues Buch zum 50. Geburtstag des Grundgesetzes sammelt Hildegard

Hamm-Brücher derzeit öffentlich Beiträge: "Was würden Sie ändern, wenn Sie Politiker wären?" Kontakt: Deutscher Taschenbuch Verlag, Friedrichstraße 1 a, 80801 München.

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 40/1998

ADRESSE: http://www.zeit.de/1998/40/Lasst_die_Buergergesellschaft_wachsen_